

27.08.2014

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Pläne zur Einführung einer Pkw-Maut auf allen Straßen stoppen – Schaden für den Wirtschafts- und Lebensraum Nordrhein-Westfalen abwenden

I. Ausgangslage

Am 7. Juli 2014 hat Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt sein Konzept für eine Pkw-Maut vorgestellt. Danach soll in Deutschland ab 2016 eine Infrastrukturabgabe für alle Kraftfahrzeuge bis 3,5 Tonnen Gesamtgewicht erhoben werden, die das öffentliche Straßennetz von Bund, Ländern und Kommunen nutzen. Eine zusätzliche Belastung deutscher Kfz-Halter soll vermieden werden, indem die Kosten für die Infrastrukturabgabe über einen Freibetrag in der Kfz-Steuer kompensiert werden.

Für die zusammenwachsenden Lebens- und Wirtschaftsräume, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen bisher kennen, wäre die Infrastrukturabgabe, wie sie zurzeit geplant ist, geradezu fatal. In unseren Nachbarländern Luxemburg, Belgien und den Niederlanden hat sie zu einem Sturm der Entrüstung geführt. Das Konzept des Bundesverkehrsministers hat insbesondere in Nordrhein-Westfalen eine breite öffentliche Kritik von Seiten der Bevölkerung, der Wirtschaft, des Einzelhandels und der Kommunen erfahren. Beanstandet wird insbesondere, dass

- die Einnahmen erheblich geringer sein werden als erwartet,
- diese keinen spürbaren Beitrag leisten werden, um die Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur zu beheben,
- ein gewaltiger bürokratischer Aufwand für die Erhebung, Verwaltung und Kontrolle der Pkw-Maut verursacht wird,
- es vor allem in den Grenzregionen Deutschlands zu erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden kommen wird,
- gravierende rechtliche Bedenken insbesondere europa- und finanzverfassungsrechtlicher Art bestehen,
- die Nutzungsgebühr nicht nur für Autobahnen, sondern für jede einzelne Straße gelten soll,

Datum des Originals: 26.08.2014/Ausgegeben: 27.08.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

- Nordrhein-Westfalen als fester Partner der Benelux-Staaten beschädigt würde,
- es die Nachbarländer Nordrhein-Westfalens dazu bringen könnte, auch etwas Ähnliches einzuführen.

Vor dem Hintergrund dieser von einem breiten politischen Konsens sowie der Öffentlichkeit und der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen getragenen Kritik muss sich der Landtag eindeutig gegen die Einführung einer Pkw-Maut wie im vorgelegten Konzept aussprechen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene und bei einem Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat gegen die Einführung einer Pkw-Maut wie im vorgelegten Konzept auszusprechen.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Bernhard Schemmer
Klaus Vossemer

und Fraktion

Christian Lindner
Christof Rasche

und Fraktion